



AfL/03/2023

Abschrift!

## Vorläufiges Protokoll

**über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Liegenschaften  
am Montag, dem 20.11.2023, 16:00 Uhr,  
im Sitzungssaal des Kreistages,  
Kreishaus am Schloßplatz, 31582 Nienburg**

---

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:09 Uhr

Anwesend:

### Stimmberechtigtes Mitglied

Herr KTA Daniel Barg, 31603 Diepenau  
Herr KTA Henrik Buschmann, 31582 Nienburg  
Herr KTA Andreas Cordes, 31622 Heemsen

Vertretung für Frau  
Kreistagsabgeord-  
nete Heidrun Kuhl-  
mann

Herr KTA Werner Cunow, 31608 Marklohe  
Herr KTA Tim Hauschildt, 31582 Nienburg  
Herr KTA Bernd Heckmann, 31608 Marklohe  
Herr KTA Lothar Kopp, 31595 Steyerberg  
Frau KTA Viktoria Kretschmer, 31582 Nienburg  
Herr KTA Heinrich Kruse, 31592 Stolzenau  
Herr KTA Klaus Niepel, 31618 Liebenau  
Frau KTA Rita Schnitzler, 31608 Marklohe

### Grundmandat gem. § 71 Abs. 4 NKomVG

Herr KTA Thomas Köhler, 31638 Stöckse  
Herr KTA Frank Podehl, 31582 Nienburg  
Herr KTA Heinrich Werner, 31582 Nienburg

### Beratendes Mitglied

Herr Alex Schäfer, 27324 Eystrup

### Verwaltung

Herr KVD Torsten Röttschke,  
Frau Katharina Herrlein, FD 123  
Herr Pawel Kubisch, FD 123  
Herr KA Kai Maertins FD 123

Die Vorsitzende KTA Kretschmer eröffnet um 16:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Liegenschaften, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit des Gremiums sowie nachstehende Tagesordnung fest:

- TOP 1: Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Liegenschaften vom 25.09.2023
- TOP 2: Haushaltsplanung 2024 - Produkt 12310 Verwaltungsliegenschaften **2023/207**
- TOP 3: Haushaltsplanung 2024 - Produkt 12320 Schulgebäude **2023/208**
- TOP 4: Haushaltsplanung 2024 - Produkt 12330 Mietobjekte **2023/209**
- TOP 5: Haushaltsplanung 2024 - Produkt 12311 BgA Ausstellungshalle Dino-Park/ Produkt 12321 BgA Cafeteria BBS **2023/210**
- TOP 6: Personelle Ausstattung des Fachdienstes Liegenschaften **2023/216**
- TOP 7: Mitteilungen/Anfragen
- TOP 8: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Zur Beglaubigung:

Die Vorsitzende	Protokollführer	Der Landrat In Vertretung
gez. Kretschmer	gez. Maertins	gez. Röttschke
Kreistagsabgeordneter	Maertins	Röttschke





## **Protokoll zu TOP 1**

---

20.11.2023

### **Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Liegenschaften vom 25.09.2023**

#### Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Ausschuss genehmigt das Protokoll aus seiner Sitzung vom 25.09.2023.

#### Beratungsergebnis:

Einstimmig mit 2 Enthaltungen

#### Beratungsgang:

ohne



## Protokoll zu TOP 2

---

**2023/207**

20.11.2023

### Haushaltsplanung 2024 - Produkt 12310 Verwaltungsliegenschaften

#### Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Den Mittelansätzen für das Produkt 12310 im Haushaltsjahr 2024 wird zugestimmt.

#### Beratungsergebnis:

Einstimmig

#### Beratungsgang:

Frau Herrlein verweist auf die Vorlage und berichtet im Folgenden über die wesentlichen geplanten Ansätze für den Haushalt 2024. Insgesamt seien für die Verwaltungsliegenschaften 824.000 € für die bauliche Unterhaltung angesetzt. Für die Investitionen seien es 3 Mio. €.

In der letzten Sitzung sei ausführlich über die Strategie zur Planung von Photovoltaikanlagen an kreiseigenen Liegenschaften beraten worden. Entsprechend des damaligen Beratungsgangs sei im Haushalt 2024 für PV-Anlagen ein allgemeiner Ansatz von 500.000 € eingebracht worden. Auf Grundlage der Potentialanalyse (siehe Drucksache 2023/157) würden im nächsten Schritt die Rahmenbedingungen für die Gebäude mit den voraussichtlich wirtschaftlichsten Anlagen, wie das Kreishaus A und die IGS, geprüft werden.

Für den Neubau der FTZ seien Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 33,78 Mio. Euro vorgesehen. Der Hintergrund sei hier, dass voraussichtlich Ende 2024 oder Anfang 2025 die Vergabephase starten werde. Die restlichen 2 Mio. € seien für den Mittelabfluss im nächsten Jahr vorgesehen. Im ersten Quartal 2024 solle die Vorentwurfsplanung fertiggestellt werden. Diese werde dem Lenkungsausschuss vorgestellt. Erst dann könnten die Planzahlen bekannt gegeben und weitere Entscheidungen getroffen werden.

Bezüglich des Gesundheitsamtes sei eine Machbarkeitsstudie erstellt worden. Daraus resultiere die Aufteilung der anstehenden Maßnahmen in zwei unabhängige Projekte (siehe Anlage 1 Seite 2).

Als erstes solle die Erneuerung der Heizung und die Errichtung eines zweiten baulichen Rettungsweges in Form einer außenliegenden Treppe umgesetzt werden. Die Ausschreibung der Planungsleistungen solle zeitnah beginnen.

Im zweiten Schritt sei eine Erweiterung des Gesundheitsamtes geplant. Diese sei erforderlich, um das Gebäude in weiten Teilen barrierefrei zu erschließen. Hierfür seien der Anbau eines Aufzugs und die Erweiterung um ein barrierefreies WC erforderlich. Hierdurch würde neben dem Erdgeschoss die erste Etage für Kund:innen und Mitarbeitende barrierefrei erschlossen.

Als Standort für die Erweiterung eigne sich der Eingangsbereich, der hierdurch gleichzeitig optimiert werden könne. Die Erweiterung böte gleichzeitig die Möglichkeit zur Optimierung der bestehenden Raumstrukturen und zur Deckung bereits bekannter zukünftiger Raumbedarfe. Die Bedarfsplanung werde fortgeführt. Im Juni nächsten Jahres könnten somit konkretere Zahlen und Planungen vorgestellt werden.

Frau Schnitzler sagt, dass in der Anlage 2 zu 8. Rühmkorffstraße hinter dem Doppelpunkt nichts stünde.

Frau Herrlein klärt auf, dass dies auf einen redaktionellen Fehler zurückzuführen sei.

KTA Hauschildt merkt an, dass die Ansätze sehr hoch seien und stellt die Frage, ob der Fachdienst Liegenschaften in der Lage sei, alles umzusetzen. Außerdem fragt er, wie die Fluchttreppe am Kreishaus A aus ästhetischer Sicht umgesetzt werden solle, da die Treppe am Kreishaus B nicht sehr ansehnlich wäre.

Frau Herrlein entgegnet, dass die Treppe voraussichtlich schlichter werden solle als beim Kreishaus B. Aufgrund der räumlichen Nähe zum Amtshaus seien jedoch die Abstimmungen mit der Denkmalpflege ausschlaggebend. Die Genehmigungsplanung werde mehr Erkenntnisse bringen. Beim Gesundheitsamt verhalte es sich ähnlich.

KTA Hauschildt fügt hinzu, dass die Treppe möglichst wenig sichtbar sein solle. Bevor Aufträge vergeben werden, solle das Thema vorher im Ausschuss besprochen werden

Frau Herrlein ergänzt, der Brandschutz sei sehr wichtig. Eine vorherige Absprache im Ausschuss werde berücksichtigt und im Planungsablauf integriert.

Frau Herrlein antwortet auf die Frage, ob für den Fachdienst Liegenschaften alles umsetzbar sei, dass im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit des Fachdienstes grundsätzlich darauf geachtet werde, möglichst nur solche Projekte in die Planungen aufzunehmen, die auf Grund gesetzlicher Vorschriften oder für die Deckung der räumlichen Bedarfe der Verwaltung bzw. der Schulen erforderlich seien.



## Protokoll zu TOP 3

---

**2023/208**

20.11.2023

### Haushaltsplanung 2024 - Produkt 12320 Schulgebäude

#### Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Den Mittelansätzen für das Produkt 12320 im Haushaltsjahr 2024 wird zugestimmt.

#### Beratungsergebnis:

Einstimmig

#### Beratungsgang:

Frau Herrlein verweist auf die Vorlage und berichtet, dass für die bauliche Unterhaltung insgesamt Mittel in Höhe von 2,2 Mio. € veranschlagt worden seien. Investition seien in Höhe von 17,8 Mio. € angesetzt und Verpflichtungsermächtigungen sind mit 15,9 Mio. € bei den Schulgebäuden und 6,3 Mio. € beim Bildungscampus veranschlagt.

Die inhaltliche Abstimmung des Bebauungsplans für den Bildungscampus mit der Stadt Nienburg sei abgeschlossen. Der Beschluss zur Aufstellung durch den Stadtentwicklungsausschuss sei seitens der Stadt verschoben worden. Im Anschluss sollen die Ausschreibung der Planungsleistungen für die Parkpalette sowie die Vergabe der Beratungsleistungen für den Architektenwettbewerb vorbereitet werden.

Für die Sanierung der BBS Sporthalle sei ein Ansatz gebildet und eine Förderung beantragt worden. Ob der Landkreis die Förderung erhalte, sei derzeit unklar. Sie sei letztes Jahr schon einmal ohne Erfolg beantragt worden. Der Landkreis sei aber darauf hingewiesen worden, es dieses Jahr nochmals zu versuchen. Durch die Haushaltsnotlage sei dieses Jahr auch eine höhere Förderung möglich.

Die Teilnahmewettbewerbe für die Ausschreibung der Planungsleistungen seien veröffentlicht worden. Die Angebotsphase könne noch vor Weihnachten beginnen.

In der Gutenbergschule stehe man vor der Herausforderung, die Gebäudetechnik im Rahmen des Digitalpakts und die Sicherheitstechnik fristgerecht fertigzustellen. Architekt und Fachplaner seien beauftragt und arbeiten unter Hochdruck an der Planung. Ergänzend hierzu seien im Haushalt 2024 weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit der Fortführung der Sanierung des Gebäudes veranschlagt worden. Die Erneuerung der Außentüren sei gemeinsam mit der Schließenanlage zu einem investiven Ansatz zusammengefasst worden.

Die Türen können mit einer BEG – Förderung in Höhe von 15 % bezuschusst werden, weshalb sie in diesem Fall nicht konsumtiv veranschlagt werden. Weiterhin seien die Erneuerung der Innentür und eines Teils der Bodenbeläge sowie die Sanierung des Schornsteins geplant.

Bezüglich der Friedrich-Fröbel-Schule seien Mittel für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie in Ansatz gebracht worden. Sie solle die Fragestellung nach der Zukunft der Sporthalle behandeln. Die räumliche Situation stelle momentan nur einen Umkleideraum mit Dusche zur Verfügung. Derzeit würden die Schüler und Schülerinnen die sanitären Anlagen gestaffelt nutzen. Eine bauliche Lösung sei schwierig umzusetzen, da kein Platz vorhanden sei. Da die Sporthalle im Raumprogramm der Astrid-Lindgren-Schule bisher nicht enthalten sei, der Bedarf jedoch nach wie vor gesehen werde, plane das Schulamt im kommenden Jahr eine entsprechende Anpassung der Bedarfsplanung.

Darüber hinaus solle sich die Machbarkeitsstudie mit einer Lösung für die zu klein gewordene Mensa auseinandersetzen. Die vorhandene Mensa würde sich nicht erweitern lassen. In einem gemeinsamen Workshop mit Schule und Schulamt seien bereits erste Ideen gesammelt worden, wie ein zusätzlicher Speiseraum entstehen könne.

Herr Werner erkundigt sich, wie die Friedrich-Fröbel-Schule genutzt werde. Das RZI bräuchte keine Sporthalle und für die ALS müssten behindertengerechte Bedarfe berücksichtigt werden.

Frau Herrlein entgegnet, dass die FFS das Gebäude noch mit ihren Inselklassen und der Verwaltung nutze. Vor allem aber werde das Gebäude durch die ALS genutzt und die Bedarfe würden laut Schulamt beträchtlich steigen. Daher sei auch der Aufzug zum 1. OG gebaut worden und die Sporthalle müsse erhalten bleiben. Die Alternative wäre eine Anmietung anderer Sporthallen.

KVD Röttschke ergänzt, dass die FFS vor allem durch die Verwaltung genutzt werde. Beschult würden dort lediglich noch die Inselklassen. Der wachsende Raumbedarf würde sich durch die ALS dem der HKS ähneln, wo auch ein Erweiterungsbau entstehen würde. In Nienburg bestehe der Vorteil, dass mit der FFS ein Gebäude frei geworden wäre.

KTA Werner gibt zu bedenken, dass die Inselklassen nicht dauerhaft vorhanden sein sollten.

KVD Röttschke erwidert, dass die Inselklassen ein dauerhaftes Modell seien. In dem Modell ist allerdings vorgesehen, dass die Schüler und Schülerinnen nicht dauerhaft in einer Inselklasse seien, sondern nur vorbereitet werden würden, um schnellstmöglich wieder in reguläre Klassen kommen zu können. Dabei ginge es allerdings ohnehin nur um zwei Räume.

KTA Podehl fragt, ob vor dem Hintergrund größerer Veranstaltungen schon zeitliche Vorstellungen für die Sanierung der BBS Sporthalle vorhanden seien.

Frau Herrlein erläutert, dass ein grober Plan entwickelt worden sei. Dieser müsse aber von den Planern nach deren Beauftragung verifiziert werden.

KVD Rötchke ergänzt, dass die Halle momentan nicht verbindlich in Konzepte eingeplant werden könne.

KTA Podehl sagt, dass der Nienburger Sportverein sich vorstellen könne, Bundesliga Handballspiele darin stattfinden zu lassen.



**Protokoll zu TOP 4**

---

**2023/209**

20.11.2023

**Haushaltsplanung 2024 - Produkt 12330 Mietobjekte**

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Den Mittelansätzen für das Produkt 12330 im Haushaltsjahr 2024 wird zugestimmt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

Frau Herrlein erläutert, dass der Abriss der Reihenhäuser fast abgeschlossen sei. Die Zahl der Mietobjekte würde sich hierdurch weiter reduzieren.



**Protokoll zu TOP 5**

---

**2023/210**

20.11.2023

**Haushaltsplanung 2024 - Produkt 12311 BgA Ausstellungshalle Dino-Park/  
Produkt 12321 BgA Cafeteria BBS**

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Den Mittelansätzen für das Produkt 12311 und 12321 im Haushaltsjahr 2024 wird zugestimmt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



## Protokoll zu TOP 6

---

**2023/216**

20.11.2023

### Personelle Ausstattung des Fachdienstes Liegenschaften

#### Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

- a) Der Ausschuss für Liegenschaften unterstützt die Stellenplananforderung des Fachdienstes Liegenschaften
- b) Die Verwaltung wird ermächtigt, Verhandlungen mit der Samtgemeinde Uchte zur Betreuung der Investitionsmaßnahme an der OBS Uchte aufzunehmen.
- c) Der Ausschuss für Liegenschaften unterstützt die Stellenplananforderung des Fachdienstes Liegenschaften
- d) Die Verwaltung wird ermächtigt, Verhandlungen mit der Samtgemeinde Uchte zur Betreuung der Investitionsmaßnahme an der OBS Uchte aufzunehmen.

#### Beratungsergebnis:

Einstimmig

#### Beratungsgang:

KVD Röttschke erläutert, weshalb die zusätzlichen Stellen aus Sicht der Verwaltung notwendig seien. Der Kreisausschuss müsse der Finanzierung der zusätzlichen Stellenanteile in Uchte zustimmen. Der Ausschuss für Personal und Finanzen müsse den zusätzlichen Stellen im Stellenplan zustimmen

Der Fachdienst Liegenschaften könne aktuell in vielen Bereichen seinen Aufgaben und Pflichten nicht angemessen gerecht werden. Insbesondere die Großprojekte müssten in Vorbereitung und Umsetzung besser begleitet werden. Dies zeige sich trotz des in der Vergangenheit für die FTZ, den Bildungscampus und die OBS Marklohe eingestellten Personals. Hinzu käme, dass bei den Investitionen des Fachdienstes Liegenschaften zukünftig auch die Anforderungen aus dem Klimaschutz Berücksichtigung finden müssten.

Hinzu kämen Maßnahmen wie die OBS Uchte, bei der in den Brandschutz voraussichtlich mindestens 18 Mio. € investiert werden müssten. Darüber hinaus stünden viele kleine Maßnahmen an. Weiterhin seien noch Maßnahmen aus 2017 und 18 offen. Zusätzliche Aufgaben wie der Digitalpakt aber auch Vandalismusschäden würden darüber hinaus Ressourcen binden.

Diese Menge an Aufgaben würde schon die Erhaltung der Gebäude als schwierig gestalten. Momentan lägen auch zu viele Aufgaben bei Frau Herrlein. Sie verantwortete derzeit die Steuerung von Großprojekten, habe die Teamleitung des technischen Gebäudemanagements inne und müsse den Haushalt planen und den Fachdienst mit all seinen Themen als solches steuern.

Insgesamt könne der Landkreis seiner Betreiberverantwortung momentan nicht ordnungsgemäß nachkommen. Die Schulen würden dem Fachdienst Liegenschaften Listen mit Aufgaben zuschicken, die erledigt werden müssten. Momentan sei es aufgrund des knapp bemessenen Personals auch nicht möglich Automatismen einzurichten, die im Nachgang Prozesse effizienter gestalten würden. Firmen, die vertragliche Pflichten nicht erfüllen würden, würden weiterhin zu erheblichen Nacharbeiten führen.

Auch bei weiteren Themen wie Energie, Steuern und einem ausgestalteten Fördermittelmanagement käme der Fachdienst Liegenschaften momentan nicht voran.

Die Stelle in Uchte begründet sich darin, dass die OBS Uchte auf Grund der räumlichen Entfernung aus Nienburg nicht verantwortbar gesteuert werden könne und die bisherige Zusammenarbeit mit der Samtgemeinde sehr gut lief. Nach Fertigstellung des Projektes würden die Kosten für den Stellenanteil beim Landkreis wieder entfallen. Die Samtgemeinde Uchte nutze die Stelle zur Personalentwicklung. Eine grundsätzliche Zustimmung der Gemeinde gäbe es bereits.

KTA Schnitzler bestätigt, dass die Punkte gut und wichtig seien. Es würden ihr aber strategische Überlegungen fehlen. In den letzten Jahren seien viele Objekte angemietet worden. Arbeitsbedingungen und Schülerzahlen würden sich stetig verändern. Es sollte geprüft werden, ob Arbeitsbedingungen aktiv verändert werden können und man somit neue Räumlichkeiten nicht brauchen würde.

KVD Röttschke erwidert, dass es letztes Jahr bereits eine entsprechende Prüfung der Raumbedarfe gegeben habe. Sie habe ergeben, dass der Landkreis sich langfristig von angemieteten Liegenschaften trennen könne.

KTA Heckmann bringt ein, dass es etwas leichtfertig gesagt sei, dass der Fachdienst Liegenschaften nicht strategisch arbeiten würde.

KTA Köhler sagt, dass EG 10 nicht reichen würde, um Ingenieure zu gewinnen.

KVD Röttschke entgegnet, dass auch Frau Herrlein dies bereits angemerkt habe. Stellen müssten erst einmal beschrieben und bewertet werden. Anschließend sei eine Markterkundung durchzuführen. Die Stellen könnten daher auch mit EG 11 bewertet werden. EG 12 hingegen sei unwahrscheinlich.

KTA Hauschildt bringt ein, dass niemand darüber erfreut sei, weiteres Personal einstellen zu müssen. Aber es sei vernünftig umschrieben worden. Außerdem könne Geld durch die eigene Erbringung von Leistungen, die sonst extern vergeben werden müssten, gespart werden. Weiterhin müsse bei der Vereinbarung mit der Samtgemeinde Uchte darauf geachtet werden, dass nach Abschluss der Maßnahme im Jahr 2028 oder 2029 die Stelle nicht weiter durch den Landkreis finanziert werde.

KVD Röttschke bestätigt dies und ergänzt, dass die Vereinbarung eine Ausstiegsklausel enthalten müsse. Der Samtgemeinde werde viel zugemutet. Sollte die Zusammenarbeit nicht so gut wie in der Vergangenheit laufen, müsse der Landkreis die Aufgaben mit zusätzlichem eigenem Personal wahrnehmen. Außerdem müsse der Landkreis kompromissbereit sein, wenn er die Samtgemeinde in die Pflicht nehme. Die Samtgemeinde könne nicht die Risiken des Landkreises tragen. Es werde bei der Vereinbarung darauf geachtet, dass die Finanzierung nach Beendigung der Maßnahme nicht weiter laufe.



## Protokoll zu TOP 7

---

20.11.2023

### Mitteilungen/Anfragen

#### Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

#### Beratungsergebnis:

ohne

#### Beratungsgang:

KVD Rötchke teilt mit, dass mit der Samtgemeinde Mittelweser eine Gestattungsvereinbarung geschlossen worden sei, um auf der Gemeindefläche einen Modulbau aufstellen zu dürfen, in denen Schülerinnen und Schüler der Helen-Keller-Schule unterrichtet werden könnten. Ein Notartermin zum Ankauf des Grundstücks, auf dem der Erweiterungsbau der Schule geplant sei, sei für den 21.11.2023 vereinbart. Auch der Umgang mit dem Schulwald sei besprochen worden.

Bezüglich des Bebauungsplans für den Bildungscampus bestünden personelle Engpässe bei der Stadt Nienburg. Ziel sei, dass der Stadtentwicklungsausschuss die Aufstellung des Bebauungsplans in der Sitzung im Januar beschließen werde. Die Reihenhäuser am Berliner Ring würden momentan abgerissen werden.



## Protokoll zu TOP 8

---

20.11.2023

### Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

#### Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

#### Beratungsergebnis:

Einstimmig

#### Beratungsgang:

Ein Einwohner fragt wegen der hohen Investitionen, ob das Gebäude des Gesundheitsamtes sich mittlerweile im Eigentum des Landkreises befände. Außerdem stelle sich die Frage, ob das Gesundheitsamt nun an seinem jetzigen Standort bleibe oder es gegebenenfalls in den Kräher Weg ziehen werde.

Frau Herrlein antwortet, dass das Gebäude sich im Eigentum des Landkreises befände. Darüber hinaus sei es nicht angedacht, dass das Gesundheitsamt in den Kräher Weg ziehe. Hierbei handele es sich um einen in der Zeitung nicht vollständig korrekt wiedergegebenen Sachverhalt. Es wäre lediglich als Interimslösung in Betracht gezogen worden.

Der Einwohner erkundigt sich weiterhin, warum es für den Neubau der IGS einen Bauausschuss gegeben habe. Für die OBS Maklohe und den Bildungscampus gäbe es hingegen keinen Ausschuss.

KVD Röttschke entgegnet für Bildungscampus gäbe es einen Ausschuss. Für Sanierungsarbeiten, wie an der OBS Marklohe hingegen gäbe es keinen Ausschuss. Dieser werde vom Ausschuss für Liegenschaften gesteuert.

Der Einwohner fragt weiter, warum bei den neu zu schaffenden Stellen Bauingenieure nicht berücksichtigt werden würden.

Frau Herrlein antwortet, dass das Stellenprofil noch nicht abschließend formuliert sei, der Fokus jedoch auf der Projektsteuerung läge.

